

Klimaschutz in Südbaden – Gemeinsam für die Welt von morgen

Beschluss des CDU-Bezirksparteitages am 8./ 9. November 2019 in Durbach-Ebersweier

Der Schutz unseres Klimas und damit der Erhalt unseres Planeten für zukünftige Generationen stellt eine gemeinsame Herkulesaufgabe durch alle politischen Ebenen dar. Damit diese erfolgreich gemeistert werden kann, müssen sich Kommunen, Länder und die Staaten dieser Welt zusammen auf den Weg machen und gemeinsam globale Lösungen finden. Gerade deswegen bedarf es positiver Beispiele und Modellregionen, die den Weg in eine Zukunft der Klima- und Energiepolitik aufzeigen. Südbaden spielt dabei eine zentrale Rolle. In Südbaden war und ist das Thema Klimaschutz und Energiepolitik schon lange im Fokus. Im Dreiländereck, zwischen Atomkraftwerken an der französischen sowie schweizerischen Grenze, hat man früh erkannt, dass Energie erneuerbar, möglichst klimaneutral und immer im Einklang mit Mensch und Umwelt stehen muss. An dieser Überzeugung hält die CDU Südbaden fest. Das Thema des Klimaschutzes ist mittlerweile wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, dies begrüßen wir ausdrücklich. Wir möchten die aktuelle Dynamik aufgreifen und gleichzeitig zur Versachlichung der Debatte beitragen, indem wir pragmatische, umsetzbare und technologieoffene Vorschläge und Forderungen einbringen: Südbaden kann nur dann eine Energie- und Klimaregion der Zukunft werden, wenn die lokale Wirtschaft weiter erfolgreich bleibt und die Menschen vor Ort mitgenommen werden.

Der **Kohleausstieg** ist von der Kohlekommission als Kompromiss auf das Jahr 2038 festgelegt worden. Die CDU Südbaden fordert alle politischen Entscheidungsträger dazu auf, dieses Datum als letzte Deadline zu behandeln und auf einen früheren Ausstieg hinzuwirken. Durch den Kohlekompromiss darf ein Ausstieg vor dem Jahr 2038 nicht ausgeschlossen werden. Vielmehr ist ein früherer Ausstieg auch durch passende Marktbedingungen, bspw. durch die Internalisierung der Umweltkosten durch den CO₂-Ausstoß, zu fördern. Der hierfür geplante Preis für die CO₂-Zertifikate muss jedoch deutlich über dem von der Bundesregierung geplanten Preis liegen, um eine stärkere Lenkungswirkung zu entfalten. Der aktuell geplante Preis erhöht nur die Preise, ohne die gewünschten Effekte nach sich zu ziehen. Um das geplante System des Zertifikatehandels zum Erfolg zu führen, fordern wir daher einen höheren Einstiegspreis.

Ein Problem beim Ausbau von erneuerbaren Energien sind die zu langen Planungs- und **Genehmigungsverfahren** für wichtige Projekte. Egal ob Photovoltaik, Windkraft oder Wasserkraft, wenn wir die Energiewende erfolgreich gestalten wollen, müssen wir die dafür erforderliche Infrastruktur schneller realisieren. Die CDU Südbaden spricht sich deshalb dafür aus, die energierechtlichen Genehmigungsverfahren insgesamt zu beschleunigen und die Möglichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes in Verfahren mit überörtlicher Bedeutung so zu beschränken, dass die aufschiebende Wirkung einzelner Klagen nicht das Fortschreiten der Energiewende insgesamt blockieren kann.

Das Potential von **Photovoltaik (PV)** in Südbaden ist enorm und wird bisher nur zu einem kleinen Teil ausgeschöpft. Südbaden ist eines der sonnenreichsten Gebiete Deutschlands. Die PV-Energie kann an sonnenreichen Tagen schon heute einen großen Prozentsatz des Stromverbrauchs in Deutschland abdecken. Insbesondere kombiniert mit umfangreicheren Speichermöglichkeiten bietet PV eine große Chance für die Zukunft. Da bei steigendem PV-Ausbau die lokale Netzinfrastruktur an sonnenreichen Tagen durch bisher nicht

vorgesehene Leistungsrückflüsse überlastet wird, muss dieser ebenfalls von einem Aufbau von lokalen Stromspeichern, Leitungsverstärkung und teilweiser Umstrukturierung der Transformatoren zur verbesserten Spannungsregelung der 230V-Spannungsebene begleitet werden. Darüber hinaus sehen wir vor allem die Kommunen in der Pflicht. Öffentliche Gebäude machen einen nicht unerheblichen Teil der überbauten Fläche aus. Die so zur Verfügung stehenden Dachflächen auf Rathäusern, Ämtern und Schulen können für Solaranlagen verwendet werden. Auf diese Weise können Gemeinde- und Stadtverwaltungen zusätzliche Flächen für Solarparks zur Verfügung stellen, ohne weitere Flächen zu versiegeln oder auf die Kooperation Dritter angewiesen zu sein. Die Abschaffung des Solarförderdeckels befürworten wir. Neben reinen PV-Anlagen stellen zudem Solarthermie-Anlagen eine nachhaltige Nutzung von Sonnenenergie zur Gewinnung von Heizwärme dar. Wir fordern daher, die Förderung der Sonnenenergie auf die Photothermie und speziell Hybridkollektoren als Kombination von PV und Solarthermie zu erweitern.

Wasserkraftwerke sind oft teuer und wartungsaufwändig. Allerdings bieten sie auch viele Vorteile, die für eine verlässliche und nachhaltige Energiegewinnung essenziell sind. So schwankt die Leistung von Wasserkraftwerken im Tages- und Jahresverlauf meist weniger stark als die von PV- oder Windkraftanlagen. Auf diese Weise kann die Schwankungsbreite der Grundversorgung durch erneuerbare Energien verringert werden und so die Grundversorgung ohne aufwendige Speicherung erhöht werden. Daneben bieten Wasserkraftwerke die Möglichkeit der Schwarzstartfähigkeit (Energieproduktion ohne externen Energieimpuls zum Start des Kraftwerks) im Falle eines Blackouts. Die Wasserkraft muss in einem sinnvollen Energiemix der Zukunft einen festen Platz behalten – auch zur Harmonisierung der Stromerzeugung und zur Absicherung der Netze. Dafür müssen die Genehmigungsverfahren deutlich vereinfacht und beschleunigt werden sowie Förderprogramme zur ökologischen Sanierung alter Wasserkraftanlagen aufgelegt werden. In Südbaden kann der Ausbau der Wasserkraft vor allem auf zwei Wegen erfolgen: Zum einen machen neue Technologien die Wasserkraft auch an kleineren Flüssen attraktiv. Hier können alte Kraftwerke durch effizientere ersetzt werden oder neue Standorte eröffnet werden. Zum anderen kann auch die Wasserkraft am Rhein weiter ausgebaut werden. Hierbei sind sowohl neue Standorte zu prüfen, als auch die Kernsanierung bisheriger Kraftwerke.

Für das Gelingen der Energiewende und den Erhalt unseres Wirtschaftsstandortes muss auch in Zukunft die **Grundlast** abgesichert sein. Dies ist eine große Herausforderung, da die Leistungen von Wind-, Solar- und Wasserkraftanlagen alle den natürlichen Schwankungen unterliegen. Diese drei Technologien reichen deswegen nicht aus, um die Grundlast zu sichern. Um erneuerbare Energien trotzdem zum Rückgrat der zukünftigen Stromversorgung zu machen, müssen drei Handlungsfelder umgesetzt werden: Erstens ein Mix verschiedener erneuerbarer Energien, um die Schwankungsbreite zu reduzieren. Zweitens Gaskraftwerke als Brückentechnologie, um zwischenzeitlich fehlende Kapazitäten aufzufangen. Drittens die Vernetzung flexibler Verbraucher, um Verbrauchsspitzen möglichst abzufedern und den Energieverbrauch an die Energieerzeugung anzupassen. Viertens kann, wenn bei günstigen Konditionen die erneuerbaren Energien Überkapazitäten erzeugen, überschüssiger Strom durch neue Technologien zukünftig gespeichert werden und bei schlechten Konditionen fehlende Kapazitäten auffangen. Wir fordern koordinierte Maßnahmen in allen vier Handlungsfeldern, um die Energiewende effektiv und wirtschaftsverträglich zu gestalten.

Erdgas ist ein zentraler Energieträger Deutschlands. Dabei ist Erdgas deutlich emissionsärmer als Öl oder Kohle und außerdem grundlastfähig. Gaskraftwerke müssen deshalb als zentrale Übergangstechnologie der kommenden Jahre dienen: In einem ersten Schritt können sie die Grundlast absichern, welche durch den Kohleausstieg wegfällt, und damit die Netzstabilität garantieren. Indem Erdgas durch Biogas oder Power-To-X Gase mit neutraler CO₂-Bilanz substituiert wird, wird die Technologie Gas in einem zweiten Schritt selbst CO₂-neutral. Wir fordern deshalb den Ausbau der Gasinfrastruktur und insbesondere die Errichtung neuer Gaskraftwerke als tragende Säule in der Neuausrichtung unserer Energieversorgung hin zu 100% erneuerbaren Energien.

Daneben müssen gasbasierte und integrierte Energie- und Wärmelösungen wie Blockheizkraftwerke oder die Brennstoffzelle gezielt gefördert werden. Außerdem muss ihr wirtschaftlicher Betrieb garantiert werden, da im derzeit vorherrschenden Wirtschaftlichkeitsgrundsatz kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist und folglich nicht in diese Technologie investiert wird. Schon heute werden einige Orten durch **Biogasanlagen** Blockheizkraftwerke klimaneutral mit Wärme und Strom versorgt. Da die meisten Biogasanlagen mit pflanzlichen Abfällen betrieben werden, wird vermieden, dass Pflanzenreste auf dem Feld verrotten. Somit stellen Biogasanlagen zusätzlich zur klimaneutralen Energieproduktion eine Senke für klimaschädliches Methan dar. Biogasanlagen stellen somit eine gute Chance für regionale, emissionsneutrale Energieversorgung dar. Wir fordern deshalb die Förderung für Biogasanlagen wieder auszubauen und stellen uns gegen Versuchen, Biogasanlagen politisch mundtot zu machen. Stattdessen müssen diese Technologie ausgebaut werden und bestehende Anlagen – insbesondere solche, wo örtliche Wärmenetze darauf ausgerichtet sind – unverändert weiter betrieben und weiter gefördert werden.

In den nächsten Jahren werden die erneuerbaren Energien zunehmend zum Rückgrat unserer Stromversorgung. Durch deren natürliche Leistungsschwankungen werden dadurch bei schlechten Bedingungen Kapazitäten fehlen. Um Fehlmengen zu reduzieren, werden die Anlagen der erneuerbaren Energien für den Durchschnittsfall überdimensioniert werden, was zu einem Überschuss bei viel Sonne und Wind führt. Diesen Überschuss für versorgungsschwache Zeiten zu speichern, wird zur zentralen Herausforderung für die Energiewende. Eine Möglichkeit hierfür sind **Batteriespeicher**, die durch ihre geringe Energiedichte vor allem für die Nutzung als Kurzzeitspeicher zur Primärregelung des Netzes geeignet sind. Sie können somit saisonale Schwankungen von z.B. Photovoltaik nicht auffangen. Hier sehen wir vor allem in Power-to-Gas-Technologien geeignetere Speichermöglichkeit. Batteriespeicher werden gerade durch die Entwicklung von Elektroautos vermehrt eingesetzt. Die dort verwendeten Lithium-Ionen-Akkus sind jedoch schlecht recyclebar und die notwendigen Rohstoffe werden unter fragwürdigen Bedingungen gewonnen. Daher fordern wir für stationäre Speichieranlagen, bei denen die Größe und das Gewicht der Batterien im Gegensatz zur mobilen Nutzung keine Rolle spielt, alternative Batterietechnologien zu verwenden, die in Europa hergestellt werden und recyclebar sind.

Wir fordern außerdem die Weiterentwicklung und Förderung von **Schwungradspeichern**. Diese klimafreundlich herzustellende Energie speichert kurzfristig nicht gebrauchten Energieüberschuss in Bewegungsenergie, die im Falle der Nachfrage wieder schnell verfügbar ist. Neben dem stationären Einsatz in Häusern und Gemeinden ist ein Einbau in Autos durch eine kompakte Bauweise sehr vielversprechend sowie unkompliziert und

verspricht in diesem Falle eine erhebliche Reichweitensteigerung. Gerade im Schwarzwald gibt es einige **Pumpspeicherkraftwerke** und Talsperren, die zusammen eine große Kapazität besitzen. Diese sind ein wichtiger Baustein zur notwendigen Energiespeicherung in Südbaden. Wir sprechen uns daher für den Erhalt und sinnvollen Einsatz dieser Kraftwerke aus. Weitere Pumpspeicherkraftwerke können unvoreingenommen geprüft werden, allerdings müssen hier die Umweltauswirkungen berücksichtigt werden und die entsprechende Unterstützung der Bevölkerung vorhanden sein.

Mit dem **Gasnetz** existiert bereits einer der größten potenziellen Energiespeicher. Schon heute kann mittels Elektrolyse unter Stromeinsatz Wasserstoff hergestellt werden. Dabei entstehen zwar Verluste, diese fallen aber nicht ins Gewicht, wenn anderenfalls verlorene Überkapazitäten verwendet werden. Der gewonnene Wasserstoff kann dann in das Gasnetz eingespeichert werden und dort 10-20 Prozent des Volumens einnehmen. Ebenso kann durch Wasserstoff-Einspeisung in Biogasanlagen der Biogasertrag erhöht werden. Mittels Power-to-X-Anlagen ist die direkte Erzeugung von synthetischen Gasen durch Strom möglich. Da hierfür CO₂ aus der Luft entnommen wird, ist das entsprechende Gas CO₂-neutral. Bei Bedarf kann dieses Gas aus dem Gasnetz entnommen werden und zum Betrieb von Gaskraftwerken oder Heizungen verwendet werden, die auf diese Weise (bei kompletter Substitution des Erdgases) CO₂-neutral betrieben werden. Dabei weisen diese, mit CO₂-neutral erzeugten Gasen den höchsten Wirkungsgrad in der Energiespeicherung und -gewinnung auf. Die CDU Südbaden fordert daher, das Gasnetz durch die Erzeugung von Wasserstoff, Biogas und CO₂-neutralen Power-To-X-Gasen als Energiespeicher zu verwenden. Aber auch Biogasanlagen oder Wasserstoffherzeuger ohne Netzeinspeisung fungieren indirekt als Energiespeicher, indem das Biogas dann verbraucht wird, wenn nicht genug Energie aus sonstigen erneuerbaren Energien vorhanden ist. Wir fordern daher den freien Netzzugang zum Gasnetz zu gewährleisten. Jedoch muss Betreibern die Wahl gelassen werden, ob Sie ihre Erzeugnisse zur Verbrennung vor Ort in Blockheizkraftwerken oder zur Einspeisung in das Gasnetz nutzen wollen.

Als weiteren potenziellen Speicherbaustein fordern wir eine Intensivierung von Forschung und Pilotprojekten von **Hochtemperatur-Speichern** an den Standorten bisheriger Großkraftwerke. Durch diese können die Nah- und Fernwärmenetze der Kraftwerke weiter beliefert und die Kraftwerksinfrastruktur zur Stromproduktion bei Engpässen teilweise weiterverwendet werden.

Als weiteren Punkt können **ungenutzte Stromüberschüsse** auch zur Wärmegewinnung verwendet werden: Überflüssiger Strom kann zum Befüllen von Warmwasserbehältern verwendet werden. So kann bspw. mit Tags vorhandenem Strom bereits Warmwasser für die Nacht bereitgestellt werden. Außerdem können Gebäude genau dann vorgeheizt werden, wenn ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien vorhanden ist. Um eine solche intelligente Steuerung zu ermöglichen, fordern wir die Förderung von Energiemanagementsystemen und den schnellen Ausbau von Smartmetern.

Der Wärmebedarf ist energetisch mehr als doppelt so hoch als der Strombedarf in Deutschland. Dies zeigt die enormen Potentiale auf, welche in diesem Sektor eingespart werden können. Deshalb muss der Wärmebereich noch stärker in den Fokus der Klima- und Energiepolitik genommen werden. Die Stromerzeugung durch **Kraft-Wärme-Kopplung** hat bereits 2017 den Zielwert für das Jahr 2020 von 110 Mrd. kWh übertroffen. Zudem kommt die KWK mit 225 TWh bei ca. 20% der erzeugten Wärme zum Einsatz. Des Weiteren wird

über Kraft-Wärme-Kopplung effizient CO₂ eingespart. Das KWK-Gesetz trägt somit effektiv zum Klimaschutz bei und muss bis 2030 oder darüber hinaus verlängert werden. Dabei sollte zudem der KWK-Zuschlag auf 4 ct/kWh angepasst werden. Um die Effizienz häuslicher Heizungen zu verbessern, muss auch der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Privathaushalten forciert werden.

Die **Brennstoffzelle** ermöglicht eine dezentrale Erzeugung von Strom bei gleichzeitiger Bereitstellung von Wärme. Sie kann bereits heute als effektives Mittel der Sektorenkopplung eingesetzt werden und emittiert nur wenig CO₂. Die fehlgeleitete Förderung von Pelletheizungen, insbesondere die faktische Ausblendung der CO₂- und Feinstaubausstöße, müssen umgehend zurückgenommen werden. Um die Verbreitung der Brennstoffzelle zu fördern und insbesondere die Zukunftsfähigkeit zu betonen, fordern wir einen Abzugsbetrag (Zukunftspotential) von 30% bei den CO₂- Ausstoßwerten bereits heute zu berücksichtigen und die Förderung in abgestufter Weise mindestens bis 2030, bestenfalls bis 2050 klar zu regeln und festzuschreiben. Nur durch diese Sicherheit werden Investoren, die von der Kostenseite klar teurere Variante in entsprechenden Neubaugebieten anderen Lösungen vorziehen. Dabei deckt die Brennstoffzelle nicht nur die Wärmeversorgung ab, sondern leistet durch dezentrale Stromerzeugung auch einen Beitrag zur CO₂- armen Stromerzeugung.

Die **Gebäudesanierung** im Bereich der Dämmung muss verstärkt in den Fokus genommen werden. Hierbei sollen verstärkt natürliche und naturnahe Dämmmaterialien, wie z.B. Glaswolle und aufbereitete Pappen Berücksichtigung finden. Hierzu können Anreize durch Förderungen und Steuerentlastungen geschaffen werden. Zudem müssen alte Ölheizungen aktiv ausgetauscht werden. Hier möchten wir mit einem gestaffelten Programm Anreize, aber auch nachdrückliche Grenzen setzen. Wer eine alte Ölheizung auswechselt, soll für diese eine Abwrackprämie erhalten. Diese soll bis zu 40% des Werts der neuen Heizung betragen. Ab 2026 hat das Klimakabinett den Neueinbau von Ölheizungen verboten, wir fordern zudem die Pflicht zur Umrüstung aller Ölheizungen bis 2035. Danach darf eine Ölheizung nicht mehr betrieben werden. Zudem müssen auch Anreize für den Austausch älterer Gasheizungen geschaffen werden. Diese werden oft nicht ausgetauscht, da über Biogas das EWärmeG nicht komplett erfüllt werden kann und somit weitere hohe Investitionen in einer ergänzenden Technik investiert werden müssen. Wir fordern hier eine unbürokratische Regelung, die bei Biogas- und Ökostrombezug eine EWärmeG konforme Gasheizungssanierung ohne zusätzliche Investitionen erlaubt.

Wärmenetze entsprechen einer Bündelung der kompletten Wärmeversorgung eines Ortes, wodurch die Wärmenutzung und -erzeugung deutlich effektiver wird. Viele Betriebe erzeugen Abwärme, die über die Luft abgeführt wird. Durch Fernwärme kann diese Wärme aufgenommen und einen Teil der Wärmeenergie für die Haushalte bereitgestellt werden. So müssen weniger fossile Energieträger verbrannt werden. Durch ein Wärmenetz kann auch die Wärmeerzeugung zentralisiert werden.

Auch **Eisspeicheranlagen** sind ein zentrales Netz, an das Haushalte angeschlossen werden. Über Wärmepumpen können die Haushalte Energie aus diesem Netz entnehmen. In einem zentralen Eisspeicher werden durch den Phasenübergang von flüssigem Wasser zu Eis enorme Energiemengen gespeichert. Daneben werden Stromüberkapazitäten oder Wärmeenergie aus der Sonneneinstrahlung genutzt, um das System zu erwärmen und so den Energiebedarf kommender Wochen zu speichern. Das System kann auch genutzt

werden, um Haushalte emissionsfrei zu kühlen oder Strom in kleinerem Umfang zu speichern.

Wir fordern für alle Orte bzw. Ortsteile mit über 5000 Einwohnern die Einrichtung einer zentralen Energieversorgung in Form eines Wärmenetzes oder Eisspeichers zu prüfen. Insbesondere bei neuen Stadtteilen müssen diese Konzepte berücksichtigt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, Städte und Gemeinden auf diesem Weg zu unterstützen und die Wärmekonzeption analog zur Förderung in großen Kreisstädten zu gestalten.

In Zukunft werden insbesondere die **Energieübertragungsnetzwerke** in den Fokus der Energiewende rücken, denn mit steigendem Beitrag der volatilen erneuerbaren Energien wird das Netz entsprechende Schwankungen ausgleichen und Speichermöglichkeiten bieten müssen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung bietet sich zudem die Möglichkeit, Netze intelligent zu nutzen, beispielsweise bei der E-Mobilität. Hier können im intelligenten Netz über Nacht, nach und nach Verbraucher, also Ladestationen, zugeschaltet und nach erfolgter Ladung wieder abgeschaltet werden. So ergibt sich ein dynamischer und flexibler Netzbetrieb. Die Energienetze der Zukunft werden mit wesentlich mehr flexiblen Erzeugern und Verbrauchern konfrontiert. Ein digitaler Ausbau der Datenerfassung und die Möglichkeit der digitalen Steuerung der Netze bieten hier neue Möglichkeiten. Dazu bedarf es aber eines flächigen Ausbaus der Smart Meter Technologie. Wir fordern den Smart Meter Einbau für Netzbetreiber nicht optional, sondern verpflichtend bis spätestens 2025 vorzuschreiben. Die Digitalisierung und die effiziente Nutzung der bestehenden Datenströme können nicht nur zur Information, sondern auch zur intelligenten Steuerung der Energienetze genutzt werden. Für eine solche Steuerung muss insbesondere der Verkauf von tageszeitabhängigen Stromkapazitäten für Großbetriebe an der Strombörse geprüft werden. Grundlage beim Ausbau der Smart Meter Technologie sowie dem Aufbau des Smart Grid müssen die geltenden Datenschutzbedingungen und die IT-Sicherheit der Geräte sein. Wir fordern daher eine Updatepflicht und strenge Haftungsregelungen für Hersteller und Betreiber, um veraltete und schlecht gewartete Geräte zu verhindern und so das Sicherheitsrisiko zu minimieren.

Aktuell wird in Deutschland insbesondere das Gas- und Stromversorgungsnetz getrennt voneinander gedacht. In Zukunft werden die Sektoren deutlich stärker gekoppelt werden müssen. Dabei spielen Technologien wie Power-to-Gas eine entscheidende Rolle. Allerdings ist die Netzplanung in Deutschland weder aufeinander abgestimmt, noch ist die Gasinfrastruktur darauf vorbereitet, Wasserstoff in Reinform zu transportieren. Wir fordern hier eine nationale, langfristig eine europäische Wasserstoffstrategie. Insbesondere bei den Rahmenbedingungen der Herstellung von Wasserstoff und eFuels muss ein Anreiz zum Bau und zur Nutzung entsprechender Kraftwerke geschaffen werden. In Deutschland werden diese Anlagen als Energieverbraucher (Strom) nicht als Energieerzeuger/-wandler (eFuels, Gas) angesehen und deshalb u.a. mit der EEG-Umlage belastet. Hier muss umgehend eine Befreiung stattfinden. Elektrolysekraftwerke müssen in gleicher Form als Energieerzeuger angesehen und geringer besteuert werden, damit diese Technologie marktfähig eingesetzt werden kann.

Der Verkehr verursacht gegenwärtig rund ein Fünftel der CO₂-Emissionen in Deutschland. Als einziger Sektor konnte die Menge dieser Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesenkt werden. Gleichzeitig leiden viele Städte unter dem eigenem bzw. dem

Durchgangsverkehr. Die Anstrengungen im Verkehrsbereich müssen deshalb verstärkt werden.

Der **ÖPNV** muss leicht verständlich und zuverlässig sein sowie attraktive Fahrzeiten bieten. Der Schlüssel dazu sind gut getaktete Linien mit unkomplizierten Anschlüssen. In vielen Landkreisen kann durch eine vereinheitlichte Taktung und das Schließen von Taktlücken die Attraktivität des ÖPNV deutlich erhöht werden. Auch Taktverdichtungen in ländlichen Regionen haben einen Mehrwert, wenn dadurch die Auslastung auf der Gesamtstrecke steigt. Auch der Komfort und Service der Fahrt muss massiv ausgebaut werden. Noch immer ist WLAN in Bussen und Bahnen eine Seltenheit. Wir fordern, WLAN und USB-Ladestationen bis Ende 2020 zum Standard im ÖPNV zu machen. Daneben muss auch der Fahrkomfort selbst verbessert werden, indem vibrierende und unkomfortable Dieselsebusse durch klimafreundliche Wasserstoff- oder E-Busse ersetzt werden.

Außerdem ist das **365 Euro-Ticket** zu prüfen. In Radolfzell sowie in Wien hat sich die Fahrgastzahl durch die Einführung solcher Tickets massiv erhöht und damit auch die Ertragsausfälle durch die Preisreduktion beinahe kompensiert. Besonders günstige Kurzstreckentickets, wie Sie in Freiburg jüngst eingeführt wurden, begrüßen wir ausdrücklich.

Die CDU Südbaden fordert zusätzlich die Harmonisierung von kleinen **Verkehrsverbänden** hin zu größeren Regionalverbänden. Langfristig ist über die Schaffung eines landesweiten Einheitsverbundes mit intelligent zugeschnittenen Zonen nachzudenken. Hierzu muss jedoch der geeignete rechtliche und wirtschaftliche Rahmen für die Kreise, die Besteller der Leistungen, in Form von Zweckverbänden geschaffen werden.

Die Mobilität der Zukunft ist intermodal! Durch die **Vernetzung** verschiedener Verkehrsmittel lassen sich unsere Mobilitätsbedürfnisse am besten befriedigen. Das bietet vor allem für den ÖPNV ein großes Potenzial. Der Einzugsbereich einer Haltestelle beträgt meist etwa einen Kilometer. Indem andere Verkehrsmittel wie das Fahrrad als Zubringer zur Bahn eingesetzt werden, wächst dieser Einflussbereich deutlich. Die Politik muss diese intermodalen Lösungen zur Förderung des ÖPNV konsequent fördern. Dazu müssen Bahnhöfe oder Bushaltestellen zu Mobilitätsdrehscheiben weiterentwickelt werden, an denen die Nutzer zwischen Bahn, Bus, Fahrrad, Bike- oder Carsharing umsteigen können. Wir fordern daher, an allen Bahnhöfen Bike+Ride Stationen einzurichten. Dafür müssen überdachte und videoüberwachte Fahrradständer den Mindeststandard darstellen. Zudem sollen den Bürgern kostengünstige Fahrradboxen mieten können.

Ähnlich wie das Auto zeichnet sich auch das **Fahrrad** durch maximale Individualität aus. Besonders in größeren Städten ist das Fahrrad damit das unkomplizierte und gleichzeitig umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Um den Fahrradverkehr zu fördern, muss das Sicherheitsgefühl und subjektive Wohlbefinden der Radfahrer erhöht werden. Dazu können vermehrt Radstreifen und Schutzzonen an Kreuzungen eingesetzt werden. Die CDU Südbaden fordert zudem die Schaffung von straßenunabhängigen, ausgebauten Verkehrskörpern für Radfahrer. Dies ermöglicht eine rasche und kreuzungsfreie Fortbewegung für Radfahrer und entzerrt Verkehrsströme, sodass Gefahrensituationen für Auto- und Radfahrer sowie Fußgänger entschärft werden. Wo dies baulich nicht möglich ist, muss über die Schaffung von Fahrradstraßen nachgedacht werden.

Den **Fußgänger** in den Mittelpunkt stellen heißt, den Bürger in den Mittelpunkt stellen! Eine lebenswerte Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass sich ihre Bürger frei bewegen können und nicht durch ausufernde Verkehrsanlagen eingeschränkt werden. Daher fordern wir Fußgänger bei der Planung von Straßen und Kreuzungen gleichwertig zu berücksichtigen. Des Weiteren fordern wir bei Neubaugebieten - insbesondere in größeren Städten - die Strukturierung nach Quartieren. Eine konsequente Mobilitätswende erfordert mit dem Ausbau des ÖPNV nicht nur eine veränderte Infrastruktur, sondern auch eine veränderte Gesamtstruktur der ‚kurzen Wege‘, sodass in Wohngebieten Einkaufs-, Kultur- und Naherholungsmöglichkeiten auch fußläufig erreichbar sind. Wir fordern, Fußgänger bei Ampelschaltzeiten stärker zu berücksichtigen und an großen Kreuzungen für kurze Wartezeiten besondere Lösungen wie einen geteilten Fußgängerüberweg zu prüfen. Zudem kann dadurch und durch vermehrte Zebrastreifen die Sicherheit beim Überqueren der Straße verbessert werden. Das ist vor allem entlang von Schulwegen wichtig, damit Kinder nicht zwischen parkenden Autos übersehen werden. Der ÖPNV ist besonders davon abhängig, wie seine Haltestellen durch den Fußverkehr angebunden sind. Daher muss Fußgängerampeln im Haltestellenbereich Vorrang eingeräumt werden und diese müssen so programmiert werden, dass sie nach Ankunft einer Bahn oder eines Busses auf grün springt. Neue Haltestellen sollen so geplant werden, dass diese nicht mehr durch eine Straße von Fußwegen abgehängt sind.

Das **Auto** ist zentrales Verkehrsmittel in Südbaden. Nicht zuletzt aufgrund der ländlichen Struktur unseres Regierungsbezirks muss deshalb das Auto und die individuelle Verkehrsmöglichkeit ein wichtiger Baustein der Mobilität in Südbaden bleiben. Dabei müssen innovative Antriebstechnologien, welche eine CO₂- arme oder -neutrale Mobilität ermöglichen, gefördert werden. Dabei sprechen wir uns für einen unvoreingenommenen Ansatz aus, der sich nicht auf eine Antriebsart festlegt, sondern analog zur Nutzung der erneuerbaren Energien auf einen Mix der verschiedenen Fortbewegungsmittel und Antriebsarten setzt. Die alleinige Fixierung auf Batteriefahrzeuge halten wir für zu kurzfristig. Deutschland muss verschiedene alternative Antriebstechnologien wie die Brennstoffzellentechnologie unterstützen und durch Innovationen sowohl für kurzfristig als auch langfristig umweltverträgliche Lösungen sorgen.

Eine Verlagerung von der Straße auf die **Schiene** ist dringend notwendig, um die Klimaziele zu erreichen und außerdem massive Verkehrsprobleme zu entschärfen und den ländlichen Raum vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Dadurch werden auch die enormen Kosten für den Straßenerhalt gesenkt, die vor allem auf LKWs zurückzuführen sind. Dazu sind ein Investitionshochlauf und Innovationsschub bei der Bahn notwendig. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Ausbau elektronischer und digitaler Stellwerke massiv voranzutreiben und die Umstellung aller Hauptstrecken sowie Ballungsräume auf das moderne Zugsicherungssystem ETCS Level 2 bzw. 3 bis 2030 zu finanzieren. Die CDU Südbaden fordert außerdem den Ausbau der „Rollenden Landstraßen“. Hierbei können ganze LKW in kürzester Zeit ohne großen Aufwand per Schiene transportiert werden. Somit werden LKW ihrem Nutzen als Zu- und Abbringer der Schiene gerecht und es kann ohne großen Aufwand viel Verkehrsleistungen wirtschaftlich von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Noch effizienter ist der unbegleitete kombinierte Verkehr, bei dem Sattelaufleger oder Wechselbrücken verladen werden, während die teure und schwere Zugmaschine nicht mitgeführt werden. Dieser Transportvariante stehen aktuell die vielen Sattelaufleger im Wege, die nicht kranbar sind und somit aktuell noch nicht verladen werden können. Innovative Systeme wie CargoBeamer oder NiKRASA schaffen hier Abhilfe

und erlauben auch die Verladung an kleinen Terminals. Wir fordern den Bund auf, in die großflächige Verbreitung dieser Lösungen zu investieren. Aufgrund ihrer geringen Größe können Terminals des kombinierten Verkehrs auch abseits der Hauptstrecken und großen Rangierbahnhöfe entstehen. Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende fordert die CDU Südbaden eine sukzessive Umsetzung dieser Möglichkeit. Die nicht konkurrenzfähigen Fahrzeiten von Güterzügen müssen neu gestaltet werden. Dazu muss in Güterbahnhöfen die Zugzusammenstellung automatisiert werden und das Rollmaterial auf automatische Mittelpufferkupplungen umgerüstet werden. Außerdem muss das Verkehrsministerium in Zusammenarbeit mit den Logistikunternehmen Strategien entwickeln, wie die Bahn sinnvoll und wirksam in deren Distributionsketten integriert werden kann. Um notwendige Mehrkapazitäten für den Schienengüterverkehr zu schaffen und die Zuverlässigkeit zu erhöhen, müssen in Ballungsräumen reine Strecken für den Güterverkehr gebaut werden. Diese ergeben aktuell durch eine spezielle Gewichtung der Trassenpreise keinen Kosten-Nutzenfaktor von 1, obwohl die Verlagerung auf die Schiene einen deutlichen Mehrwert für die Allgemeinheit bietet. Hier ist die Bundespolitik gefragt, für eine breitere Betrachtung bei der Nutzenrechnung zu sorgen und den politischen Willen zu zeigen, da auch der Nahverkehr von solchen Strecken profitiert.

Der **Schiene**personenfernverkehr muss deutlich attraktiver werden. Dafür müssen Reisezeiten verkürzt, der Komfort angehoben und Preise gesenkt werden. Wir begrüßen die erhöhten Investitionen in den Erhalt unseres Schienennetzes, fordern aber den weiteren konsequenten Ausbau unseres Hochgeschwindigkeitsnetzes. Dazu müssen vor allem bisherige Engpässe, langsame Verbindungen und das zentrale Netz vorrangig berücksichtigt werden. Die Strecken müssen so konzipiert sein, dass sie sich in den Deutschland-Takt einfügen. Wir fordern für einen besseren Fahrkomfort die schnellstmögliche Einführung von WLAN und USB-Ladebuchsen in allen DB Fernzügen. Daneben muss die Zuverlässigkeit des Bahnsystems und der Fahrzeuge entscheidend verbessert werden. Die Mehrwertsteuersenkung im Fernverkehr begrüßen wir ausdrücklich. Darüber hinaus fordern wir die komplette Befreiung des Bahnstromes von der EEG-Umlage.

Der **Flugverkehr**, insbesondere der innerdeutsche und innereuropäische, wird durch Dumping-Preise von sogenannten „Billig-Airlines“ bestimmt. Diese klimaschädliche Fehlentwicklung der letzten Jahre muss korrigiert werden. Kerosin muss als Kraftstoff europaweit gleich besteuert werden wie andere fossile Brennstoffe. Zudem fordern wir, die Luftverkehrsabgabe beizubehalten und durch einen Inlands- sowie Nachbarlandsaufschlag insbesondere für Kurzstreckenflüge moderat zu erhöhen. Als dritten Baustein im Luftverkehr fordern wir eine Bio-Kerosinquote von 0,5% ab 2022 sowie eine Steigerung pro Jahr um 1% ab 2025. Bio-Kerosin ist bisher noch deutlich teurer als herkömmliches Kerosin. Mit der Verbesserung von Power-to-Liquid Technologien und der steuerlichen Entlastung der Herstellung werden diese Kosten aber in Zukunft sinken. Im Rahmen der europäischen Kerosinsteuer muss eine entsprechende Vergünstigung für Bio-Kerosin geschaffen werden. Letztendlich kann durch die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums und die dann mögliche Optimierung von Flugrouten eine Kraftstoffeinsparung von bis zu 10% erreicht werden. Dies darf kein reines Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss von der EU schnellstens umgesetzt werden.